

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kersch. Druck: A. Kersch, Auerbach. U. Kersch, Auerbach. Anzeigerpreis: Die Abnahmegebühren betragen für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Restzeitungspreis 2.- Mark. Bei größeren Aufträgen auf entsprechender Anzahlung. Die Zeitungen werden nicht geliefert, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht rechtzeitig vorliegt.

Abgabe: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 12.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegblätter und Ausgabebestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Abgabe: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 12.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbelegblätter und Ausgabebestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 71.

Sonnabend, den 26. März 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Bahnlinie Oberhausen—Vorder ist von alliierten Truppen, vornehmlich Belgiern, besetzt worden. Der Bahnhof Bottrop erhielt ein belgisches Kommando.

In Mitteldeutschland ist die Aktion der Schutzpolizei im Fortschreiten; von den Kommunisten angebotene Verhandlungen über die Einstellung des Kampfes im Mansfelder Gebiet wurde abgelehnt.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in einer Entschliessung gegen die durch die kommunistische Hege hervorgerufene Streikbewegung im mitteldeutschen Industriegebiet gemeldet.

Nach den bisherigen Zählungen des Ergebnisses der Volksabstimmung in Oberschlesien ist in 688 Städten und Ortschaften eine deutsche Mehrheit und in 597 Ortschaften eine polnische Mehrheit festgestellt worden.

Chicago Tribune erklärt, daß man in diplomatischen Kreisen von Paris fürchtet, daß die Engländer den deutschen Anspruch unterstützen würden, daß Oberschlesien unteilbar sei.

Wie die Agence Havas aus Athen meldet, hat der Angriff der griechischen Truppen begonnen. In dem Abschnitt Brussa ist Jentischehr besetzt. Flugzeuge haben festgestellt, daß die Türken in Unordnung fliehen.

Ostern 1921!

Es steht jetzt um die Osterzeit wieder einmal böse aus in unserem lieben deutschen Vaterlande, und gerade die Karwoche ist zu einer rechten Leidenswoche für Deutschland geworden. Die Märzstürme, die in den letzten zwei Jahren unserem Vaterland immer gefährlich geworden sind, brausen auch jetzt wieder durch das Reich und versuchen die Grundfesten unseres Staates zu unterwühlen, versuchen die Wurzeln unseres Daseins zu lockern. Ein großer Lichtblick war die Abstimmung in Oberschlesien, die mit einem deutschen Sieg endete, aber schon sind Kräfte am Werk, um uns diesen Sieg streitig zu machen. Nie und nimmer wird es Erfolg haben, wenn wir alle einig sind. Aber auch sonst ist die Gefahr in Oberschlesien überaus groß, so groß, daß die Interalliierte Kommission den Belagerungszustand in einzelnen besonders gefährdeten Kreisen verhängen mußte. Die Saat der Korinthischen Hege ist dort unten nun aufgegangen, und das Werk der Verschönerung, das jetzt durchgeführt werden muß, wird, darüber darf gar kein Zweifel sein, ungeheure Schwierigkeiten vorfinden. Aber nicht allein in Oberschlesien fließt Blut; auch in Mitteldeutschland und in Hamburg sind Todesopfer zu beklagen. Dort haben wieder einmal Deutsche gegen Deutsche gekämpft. Wirrwirre, von Moskau angestiftet, haben einen Aufruhr inszeniert, der ohne Erfolg bleiben und der bald zusammenbrechen wird, aber doch überaus traurige Folgen zeitigt. Noch immer ist in Deutschland der Zustand der Verleugung der Parteien nicht überwunden, denn sonst würde es nicht möglich sein, daß derartige Unstabilitätsversuche überhaupt Boden gewinnen können. Auch in Deutschland selbst ist das Problem der Verschönerung noch nicht gelöst worden. Nur wenn alle den besten Willen aufbringen, wird es möglich sein einen Zustand zu schaffen, der Deutschland am Leben erhält. Borerst aber muß die Staatsautorität mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchgreifen, damit die Kommunisten und ihr Anhang wenigstens die Rigorosität ihrer verbrecherischen Taten einsehen, die sich leider auch auf unser engeres Vaterland, auf Sachsen, erstrecken wo es in diesen Tagen in verschiedenen Städten ja zu Bombenattentaten kam. Wir haben wahrlich genug äußeren Druck zu ertragen, als daß wir uns den Luxus derartiger Aufwandsversuche gestatten könnten. Die Entente geht mit Zwangsmassnahmen gegen uns vor; sie befiehlt deutsche Städte, und in Deutschland sind deutsche Volksgenossen den Kreisen unserer Gegner beifällig, die unsere Herdringung wollen. Doch von dieser trüben Gegenwart wart muß unser Blick in eine bessere Zukunft gehen. Wir wollen uns die Osterhoffnung nicht rauben lassen. Wir glauben fest daran, daß auf die Leidenszeit eine bessere Zukunft folgen muß, weil wir an den Endtag der Einsicht und der Vernunft glauben.

Die Bombenanschläge in Sachsen.

Aufruf!

In seiner heutigen Sitzung nahm das Gesamtministerium zu den verbrecherischen Gewalttaten der letzten Tage Stellung. Die Regierung ist überzeugt, daß die Anschläge und Gewaltakte in Sachsen, wie im übrigen Deutschen Reich, Einheitsliste und Planmäßigkeit des Vorgehens beweisen. Die gesamte Bevölkerung ist sich einig darüber, daß durch solche verbrecherische Taten Not und Leid nicht beseitigt, sondern verschärft werden. Die vom Ministerium des Innern bereits am 22. März

angeordneten Sicherungsmassnahmen haben die einmütige Billigung des Gesamtministeriums gefunden. Die weiteren Anordnungen sind gemeinsam so getroffen worden, daß mit den vorhandenen Mitteln alles geschehen wird, um weiteren verbrecherischen Anschlägen entgegenzuwirken und Schuldige zur Rechenhaft zu ziehen. Die Bevölkerung wird ersucht, alle notwendig werdenden Massnahmen der Behörden zu unterstützen. Dresden, den 24. März 1921.

Bud, Ministerpräsident.

Die Regierung und die verbrecherischen Gewaltakte.

N. Von verschiedenen Seiten ist der Vorwurf erhoben worden, daß von der Sächsischen Regierung nicht genügend Vorkehrungen zur Verhütung von verbrecherischen Gewaltakten getroffen worden sei. Wie uns von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei hierzu mitgeteilt wird hat Minister Lipinski bereits am Dienstag eine Verordnung an alle Polizeibehörden des Landes ergehen lassen, in der diese auf die Möglichkeit unmittelbar bevorstehender verbrecherischer Anschläge hingewiesen und zu umfassenden Gegenmassnahmen angewiesen worden sind. Der Minister hatte von dem Befehlen derartiger verbrecherischer Pläne Kenntnis erlangt und sofort alle in Betracht kommenden Anordnungen getroffen.

Unterredung mit Ministerpräsident Bud.

Ein Vertreter des A. T. hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bud über die Bombenattentate in Sachsen. Auf seine Frage, ob die sächsische Regierung die Ansicht teile, daß die Verbrechen auf ein Kommando Russlands ausgeführt worden seien, antwortete der Ministerpräsident: Wir haben die Auffassung, daß von einer bestimmten Stelle aus Verbrechen im Gange sind, um die Bevölkerung zu erschüttern. Ob dies auf russische Initiative oder auf deutsche zurückzuführen ist, läßt sich vorläufig noch nicht mit Sicherheit sagen. Wenigstens genügen die vorhandenen Unterlagen nicht um ein sicheres Urteil abgeben zu können. Jedenfalls kann ich Ihnen sagen, daß die Vermutungen in der erwähnten Richtung sehr zahlreich sind.

Eine mit den Beziehungen der deutschen Kommunisten zu Sowjetrußland wohlvertraute Persönlichkeit machte folgende interessante Mitteilungen: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl das Berliner Attentat auf die Siegessäule als auch die jüngsten Verbrechen in Sachsen in sehr engem Zusammenhang stehen und auf kommunistische Einflüsse zurückzuführen sind. Gerade Brandier, der jetzige Vorsitzende der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, hat von jeher die Ansicht vertreten, daß das wirksamste Mittel der Partei die Fortsetzung der Revolution in der Bevölkerung durch Gewaltakte sei. Gerade er ist es gewesen, der immer sagte: Eine Revolution kann nicht mit Rosenwasser gemacht werden. Daß Brandier mit den russischen Bolschewiken in enger Fühlung steht, braucht nicht erst festgestellt zu werden. Nachdem die deutschen Kommunisten Hoffmann zurückberufen: haben sie jetzt den jungen Heber nach Moskau geschickt, damit er an den Sitzungen des Großen Rates teilnimmt. Alles spricht dafür, daß die jüngsten Attentate in Deutschland auf russische Befehle hin ausgeführt wurden. Die Taktik der Russen ist die, in Deutschland hier und da Feuer anzuzünden, um so den kommenden Wellen des Volksempörens den Weg zu ebnen. Geht es ihnen nicht, dieses Ziel zu erreichen, dann steht Rußland vor neuen schweren Ereignissen. Die Ernährungsfrage ist dort ein immer schwierigeres Kapitel geworden, und auch die Frage des Verkehrs ist im Laufe der Zeit zu einem so unüberwindlichen Problem geworden, daß tatsächlich Deutschland die einzige Hilfe für das verfallende Rußland ist.

Der Märzputsch von 1921.

Nv. Die Hoffnung, daß der neue Putschversuch von links ohne frische Blutopfer in sich selber zusammenbrechen werde, ist bedauerlicherweise nicht befähigt worden. In Hamburg ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und radikalen Arbeitern einerseits und der Schutzpolizei andererseits gekommen und es hat auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben. Die weitestgehenden Verluste haben natürlich wieder die Demonstranten und Angreifer erlitten. Auch in Mitteldeutschland und vor allem in und bei Chemnitz sind zu den früheren neuen Märzopfern gekommen, so daß man also mit Grimm im Verzen zugehen muß, daß die Drahtzieher der neuen Umsturzbewegung den einen Erfolg errungen haben: durch das wiederum vergossene Blut die inneren Gegensätze von neuem aufgepeitscht zu haben. Dabei leidet jede Stunde, daß niemals zuvor ein derartiges Unternehmen mit gleicher Leichtigkeit und verbrecherischer Anmaßlichkeit eingeleitet worden ist wie dieses. Wir stehen noch nicht am Ende, aber schon heute ist vorauszusagen, daß die Staatsautorität, das Reich und deutsches Volk diesen neuen Angriff auf ihre Existenz und Zukunft mit Beiläufigkeit bestehen werden. Der Reichspräsident hat in einem Erlaß vom Donnerstag dem Oberpräsidenten Hüring für das mitteldeutsche Gebiet eine erhöhte Exekutivgewalt verliehen. Der Ausnahmezustand wird den Prozeß der Befriedung des bedrohten Gebietes erleichtern und zugleich ist

mit der ausschließlichen Ueberantwortung der vollziehenden Gewalt an die Zivilbehörden die Gewähr dafür gegeben, daß ungeachtet der äußersten Energie, mit der nothgedrungen durchgegriffen werden wird, jede unangemessene Ueberbannung des Begriffes der staatlichen Exekutivgewalt von militärischer Seite unterbleibt. Oberpräsident Hüring und die Zivilbehörden an den anderen gefährdeten Orten, wie z. B. vor allem in Hamburg, dürfen sich als ausführende Organe des geschlossenen Willens des ganzen deutschen Volkes mit Ausnahme ganz geringer aberradikaler Teile der Arbeiterschaft fühlen und demgemäß handeln. Die deutsche Arbeiterschaft erkennt bei Gelegenheit dieses Putsches so deutlich wie niemals zuvor, daß es dem mit Moskau verbündeten deutschen Kommunismus gar nicht auf eine bessere Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Arbeiters, sondern allein auf immer neue Blutopfer zu Ehren Lenins ankommt. Gerade die sozialistische Presse mit der einzigen Ausnahme der Kommunisten beurteilt den Märzputsch von 1921 mit größerer Schärfe als die bürgerliche, denn die Arbeiterschaft erkennt, daß hier in kaum wieder gutzumachender Weise gegen ihre eigenen Interessen getrieben wird. Moskau braucht keinen Umsturzversuch geschrieben, und es gibt keinen deutschen Arbeiter, der den tiefen Sinn dieser Worte nicht versteht!

Polnischer Terror in Oberschlesien.

St. Die Freude über den deutschen Abstimmungsieg darf uns nicht darüber hinwegföhren, daß in Oberschlesien die Lage nach wie vor außerordentlich ernst ist, und daß einstellend die Zukunft für die Deutschen noch recht traurig aussieht. Polnischer Terror haust in gewissen Teilen des Gebietes in einer Weise, die an die Zustände des Augustaufstandes vom vorigen Jahr erinnert. Dieser Terror ist zu erklären einmal daraus, daß in den Ortschaften mit polnischer Mehrheit die Polen nunmehr glauben, daß sie jetzt machen könnten, was sie wollten. Korstanty bestärkt sie noch in ihrer Siegesfreude, die durch nichts begründet ist, und in dieser polnischen Siegesfreude geht man den Deutschen ans Leben, plündert Läden und Wohnungen aus, und es hat auch bereits heftige Zusammenstöße mit der Polizei gegeben. So ist in Myslowitz ein Polizeirevier von einer polnischen Bande ausgehoben worden und bei einem Zusammenstoß, der ebenfalls in Myslowitz stattfand, ist ein Polizeihauptmann Ulrich tödlich verwundet worden. Zum anderen ist der Terror der Polen aber auch entstanden aus der Enttäuschung heraus, und zwar besonders in den Gebieten, in denen die Polen glaubten, eine Mehrheit zu erlangen. Hier wirkt der Terror einer polnischen Winderheit gegen die deutsche Mehrheit. Der Ernst der Lage wird noch herkömmlich gerade in diesen Gegenden dadurch, daß die Deutschen, obwohl sie gewillt sind, die Ruhe bis zur äußerstmöglichen Grenze zu wahren, doch nicht hindern können, daß eine Gegenwehr gegen den polnischen Terror einsetzt. Dadurch kann aber sehr leicht eine neue Lage entstehen, die dem Deutschtum in Oberschlesien sehr gefährlich werden kann, und die vor allen Dingen in außenpolitischer Beziehung als höchst gefährlich anzusehen ist. Kommt es zu größeren Unruhen, so werden höchstwahrscheinlich auch die irregulären Truppenteile, die sich bisher noch auf polnischem Gebiet befinden, einfallen und, da sie an Zahl in Verbindung mit den polnischen Aufständischen in Oberschlesien selbst den alliierten Truppen weit überlegen sind, sehr leicht ein Blutbad anrichten können, daß wiederum dem des Augustaufstandes gleichkommt. Das Deutschtum, so schwer es auch sein mag, muß daher kaltblütig und ruhig bis zum letzten den Dingen entgegensehen. Die Interalliierte Kommission ist nach wie vor für das Schicksal des Landes verantwortlich. Das muß gerade jetzt, nachdem die Abstimmung für Deutschland entfallen hat, mit aller Deutlichkeit noch einmal erklärt werden. Die Interalliierte Kommission hat noch einmal Gelegenheit, zu zeigen, ob sie unparteiisch sein will oder ob sie gewillt ist, den Polen das Land in die Hände zu spielen. Im besonderen aber ist es General Deyond, dessen Urteil in der Weltgeschichte besiegelt sein wird, wenn er es jetzt noch einmal verkümmern sollte, seine Pflicht gegenüber Oberschlesien zu tun.

Vorläufige Regelung der Ortsklasseneinteilung.

Die Schwierigkeiten, die der endgültigen Fertigstellung des Ortsklassenverzeichnis entgegenstehen, sind so außerordentlich groß, die zu leistende Arbeit ist so umfangreich, daß mit einer sofortigen Einbringung der endgültigen Gesetzesvorlage nicht zu rechnen ist. Trotz aller Beschleunigung wird der Abschluß der Vorarbeiten erst in einigen Wochen möglich sein. Es folgen dann die Besprechungen mit den Provinzialvertretungen der Beamenschaft, die sich ebenfalls über mehrere Wochen erstrecken werden. Welche Zeit die parlamentarische Behandlung der Angelegenheit darauf in Anspruch nehmen wird, läßt sich nicht übersehen. Unter diesen Umständen ist eine vorläufige Regelung dringend erwünscht, die die Ortsklasseneinteilung von 1909 den

0.
66
er
ung.
redit!
Neu
en-
ots
me
r
ein-
L!
gen
ge.
nen
ue
Auf
I
r Ware
me,
enhochst.
isbeeren,
beerbillsche
ngen,
Bäumchen
blumigen
gl. mehr
lberoda